

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgehalte 1.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1.20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. 3u*
Schriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 37

Duisburg, den 10. September 1921

22. Jahrgang

Für Volksgemeinschaft und Ordnung

An die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands zu einer Tagung in Köln versammelt, weiß sich eins mit allen anständigen und politisch urteilsfähigen Menschen in der rückhaltlosen Verwerfung des an dem Abgeordneten Erzberger begangenen Meuchelmordes. Dieser Mord ist nicht nur ein schandwürdiges Verbrechen an dem unglücklichen Opfer, er ist auch ein Schlag gegen den inneren Frieden des deutschen Volkes.

Jeder Gewaltakt gegen politische Anschauungen und die Träger politischer Ideen muß in Zeiten besonderer Erregung und Entzweiung Leidenschaften losketten, die verhängnisvoll für unser Vaterland und das Zusammenleben in ihm werden. Was uns not tut, ist Gemeinschaft statt Zwietracht, Duldsamkeit statt Haß, gemeinsame Arbeit statt Kampf.

Wir verurteilen jede die wirtschaftliche Not breitetste Volkstrennung oder die allgemeine Erregung strupellos ausnützbende Parteiorganisation; das Verbrechen und seine Folgen zeigen uns, wohin wir damit kommen und wie in einer geladenen Atmosphäre unbedachte Rundgebungen unheilvolle Kräfte auslösen können. Es muß eine Warnung an alle politischen Gruppen sein, bei der Verfechtung ihrer Anschauungen in den Zielen und in den Mitteln sich jeden Augenblick der vollen Verantwortung bewußt zu sein.

Die Lage des deutschen Volkes ist furchtbar. Zuviel ist ihm in den letzten Jahren an Demütigungen, an Druck und Belastung zugemutet worden. Eine dampfende gährende Stimmung ist geschaffen, die unser Gemeinschaftsleben zu zerlegen und zu vergiften droht und nach willkürlichen Entladungen strebt. Es ist auf die Dauer unmöglich, daß sich in Deutschland Staatsmänner halten können, die gewillt sind, der wirklichen Lage des deutschen Volkes Rechnung zu tragen, wenn nicht der auf uns lastende Druck von außen vermindert und Deutschland menschenwürdiger Behandlung erfährt.

Christliche Gewerkschaftler! Wenn es ein ruhiges Zusammenleben geben soll, dürfen wir nicht länger in den eigenen Wunden wühlen. Wir müssen die Vergangenheit ruhen lassen. Wir wollen wahren die Verfassung, und abweisen alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, sie mit Gewalt zu ändern. Wir wollen stehen zu unseren sozialen Errungenschaften und sie uns durch niemand nehmen lassen. Von den bevorstehenden steuerlichen Lasten, die dem deutschen Volke auferlegt werden müssen, werden wir unser Teil übernehmen, verlangen aber eine gerechte Verteilung der Lasten nach Maßgabe der tatsächlichen Leistungsfähigkeit. Das schwere Vergernis, das angesichts der Not unseres Volkes verwilderter wirtschaftlicher Egoismus, schamloser Luxus und Genußsucht bieten, muß mit allen Mitteln beseitigt werden. Der Vorstand fordert euch auf, im ganzen Lande im Sinne dieser Erklärung mit unermüdlicher Tatkraft und Opferwilligkeit zu wirken und sich allen radikalen Bestrebungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, auf das Schärfste entgegenzustellen.

Köln, den 30. August 1921.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Wieder einmal ist unser Volk ausgewühlt bis in seine Tiefen durch die barbarische Tat von Meuchelmördern, die einen deutschen Staatsmann und Minister, einen energischen Vertreter des demokratischen Gedankens, den Abgeordneten Erzberger, traf.

Zentralarbeitsgemeinschaft und Brotpreiserhöhung

Von Heinrich Kreil.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft nahm am 19. August in einer Sitzung zur gegenwärtigen Lage, die insbesondere durch die teilweise Aufhebung der Getreidewirtschaft entstanden ist, Stellung. Von den Arbeitgebervertretern wurde zwar das Vorliegen einer allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung in dem Umfange, daß dadurch ein sofortiger Lohnausgleich geschaffen werden müßte, verneint. Jedoch konnte man sich der Tatsache nicht verschließen, daß eine Verschlechterung der Lebenshaltung insbesondere durch die Erhöhung des Brotpreises wie auch durch die Verschlechterung der Valuta eingetreten und eine Teuerung verursacht worden ist. Die Arbeitgeberseite glaubte allerdings betonen zu müssen, daß die Auswirkung dieser Umstände im stärkeren Maße erst in einigen Monaten sich fühlbar machen würde.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, Stellung zu nehmen zur Person und zur Tätigkeit Erzbergers, wir können die Angelegenheit auch nicht von irgendeinem parteipolitischen Standpunkt aus betrachten, damit würden wir gegen unsere Prinzipien verstoßen, sondern wir werden vom allgemeinen völklichen Standpunkt sie kurz beleuchten.

So verabscheuungswürdig die Tat an sich ist, so zeigt sie in greifstem Licht den vergiftenden Zug der politischen Atmosphäre, die noch immer gewitterschwanger über unsern armen Vaterland hängt. Es wurde viel an unsauberem Zusammengebräut, dem Klassenkampf, den die Linksradikalen in Schrift und Wort, mit Handgranaten und Hadenstielen zu verbreiten suchten, schloß sich der Klassenkampf der Rechtsbolschewisten würdig an. Gerade diesen fing das Wort Arbeiterschaft und Arbeiterforderung an, eins der sieben Greuel zu werden, und sie suchten in ihrem Sprachschach wieder das schöne Wort heraus: Menschenrechte gehören in die Kumpelkammer. Diese beiden Extreme bedrängen und durchwühlen nach allen Seiten hin unser Wirtschafts- und Gesellschaftsleben.

Ihnen beiden war Verfassung und Gemeinschaftsleben letzten Endes nichts weiter, als ein Schutzmantel, unter dem man seine selbstsüchtigen Pläne erreichen wollte.

So sehr die christlich denkende Arbeiterschaft die Mächtschäften der Rechtsbolschewisten bekämpft und sich ihnen entgegenstemmt, so darf sie sich bei alledem, was ja stattfindet, nicht irrt machen lassen, durch den Ruf nach der sogenannten Einheitsfront des Proletariats, mit der gewisse radikale und links gerichtete Kreise hausieren gehen. Ist es nicht eine lächerliche Farce, wenn man Linksradikale mit dem Sowjetstern aufziehen sieht, zum Schutze der Verfassung und der Republik? Gerade diese Elemente sind es, die schon wieder küstern nach einem Generaustreik greifen, um die augenblickliche gespannte Lage für ihre moskowitzischen Zwecke auszunutzen. Damit kann die christliche Arbeiterschaft, die auf dem Boden der Demokratie und des Rechtes steht, niemals eine Einheitsfront bilden.

Vor allen Dingen müssen unsere Kollegen jetzt ruhig Blut bewahren. Doppelt wichtig ist es, die Parole unserer führenden Kollegen zu beachten.

Unser Gesamtverband hat in seiner Rundgebung zur politischen Lage kurz und bündig gesagt, wie er steht. Er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß jeder durch die Ereignisse gebotene Schutz der Verfassung höchstes Erfordernis ist. Nicht überflüssig erscheint es uns, zum Ausdruck zu bringen, daß ein solcher Schutz nicht mit Wenn und Aber belastet sein darf, sondern daß er rückhaltlos und ehrlich sich auswirken muß. Mit Recht schreibt „Der Deutsche“: Es ist traurig um das deutsche Volk bestellt, daß nicht alle seine Teile von ihren Gesichtspunkten aus mit beitragen zu dem Ausbau einer nationalen und sozialen Demokratie, in der sich alle diese Teile in ehrlichem Schaffen, in ehrlichem Austragen ihrer gegenfälligen Interessen wohlfühlen könnten. Gleichberechtigt und mit gleichem Stolz haben alle Klassen und Stände nebeneinander und miteinander zu wirken und aus der Gemeinsamkeit der Rechte die Gemeinamkeit der Pflichten in freiwilligem Staatsgefühl auf sich zu nehmen. Wer Augen hat zu sehen, der sieht es. Millionen derer, die in dem neuen Lager der schaffenden Stände stehen, sind bereit zu diesem gemeinsamen Wirken. Sie fordern daß sie als Gleichberechtigte mit denen zusammenarbeiten, die durch Besitz und Bildung ihre Gruppe abgrenzen. Es ist wahrlich an der Zeit, daß die letzteren dem Zusammenarbeiten in Recht und Pflicht die vielen Wege öffnen, die immer wieder verbaut werden!

Von den Arbeitnehmervertretern wurde jedoch unter Vorlage wichtigen Materials darauf hingewiesen, daß in den letzten Wochen bereits eine sprunghafte Verteuerung der verschiedenen Lebensmittel und Gebrauchsmittel eingetreten sei. Die Brotpreiserhöhung wirkte sich nicht nur für den einzelnen Konsumenten aus durch den Betrag, den derselbe tatsächlich für ein Brot mehr bezahlen müsse, sondern es wird dadurch auch eine Preissteigerung bei allen anderen Bedarfsgütern eintreten, die dann wiederum bei den Konsumenten verteuert in Erscheinung treten. Ein zu gewählender Lohnausgleich könne sich deshalb nicht auf den Unterschied beschränken, der zwischen dem früheren und dem jetzigen Brotpreis besteht, sondern es müssen auch die sonstigen Auswirkungen dieser Preiserhöhung erfaßt werden. Einmütig wurde die Auffassung vertreten, daß es sich für den Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht empfiehlt, einen bestimmten Betrag an Lohnenerhöhung festzusetzen, da die Verhältnisse unter den einzelnen Berufen wie auch Bezirken grundverschieden sind. Es empfiehlt sich deshalb, Lohnverhandlungen örtlich und bezirklich in die Wege zu leiten.

Auf Grund der gegenseitigen Aussprache kam man zu folgendem, einstimmig gefaßten Beschluß:

„Nachdem die in den Verhandlungen vom 1. April 1921 erwähnte Erhöhung des Brotpreises eingetreten ist, empfiehlt der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft, gemäß dem damaligen Beschluß in den Verhandlungen der Tarifkontrahten dieser Tatsache und den sich daraus ergebenden Folgen Rechnung zu tragen, soweit dies noch nicht geschehen oder ausdrücklich vereinbart worden ist.“

Von unserm Verbandsvertreter wurde darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen von dem Geiste gegenseitigen Verständnisses getragen werden müssen. Viel hänge davon ab, wie die Spitzen der Verbände auf ihre Kreise einwirken. Es sei deshalb bedauerlich, daß das Zentralblatt deutscher Arbeitgeberverbände, die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, eine Sprache gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationsvertreter führt, die durchaus nicht vom Geiste der Arbeitsgemeinschaft getragen sei. Er sprach den Wunsch aus, daß auf dieses Organ eine diesbezügliche Einwirkung erfolgt. Von den Arbeitgebervertretern wurde darauf hingewiesen, daß der Arbeitgeberzeitung eine viel größere Bedeutung beigemessen würde, als ihr zukomme. Der größte Teil der Unternehmer sei nicht Bezücker dieses Blattes. Der Einfluß von Arbeitgeberseite auf dieses Organ sei nur ein außerordentlich geringer. Trotz dieses eigenartigen Geständnisses darf erwartet werden, daß die Beeinflussung des genannten Blattes in günstigem Sinne durch die Arbeitgeberseite nicht unterbleibt.

Arbeitslosigkeit und Valutaschwankung

Zwischen diesen beiden Tatsachen besteht ein engerer Zusammenhang, als gemeinlich von manchen Kollegen angenommen wird. Es zeigt sich, daß ein Valutasturz (die Verschlechterung der Mark) ein Zurückgehen der Arbeitslosigkeit und jede Besserung der Mark eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Wir haben im vorigen Jahre den besten Beweis dafür gehabt. Unsere Währung kräftigte sich von Februar bis Juli vorigen Jahres dauernd und der Dollar sank in Deutschland von 105 auf 35 M. Die Folgen aber waren keineswegs einheitlich gut zu nennen.

Zwar wurde manches billiger für den Kleinen und mittleren Mann; aber gleichzeitig verringerten sich für ihn die Einnahmen fast noch schneller. Denn die Valutabesserung verteuerte die deutschen Waren für den Ausländer, ließ dadurch die Ausfuhr zusammenschrumpfen, löste im Innern den Käuferstreik aus und zwang damit zu Betriebsbeschränkungen bedenklichen Umfangs. Arbeitslosigkeit setzte ein. Dieser Zusammenhang zwischen Valutabesserung und Arbeitslosigkeit kommt recht drastisch zum Ausdruck in der folgenden Berechnung; sie ist berechnet nach einer Zeichnung in der 5. Auflage der Schrift von Ernst Kahn „Die Indezahlen der Frankfurter Zeitung“ (Verlag der Frankfurter Sozietätsdruckerei), die wir unseren Kollegen sehr empfehlen. Die Berechnung ist derart vorgenommen, daß sowohl für die Arbeitslosigkeit wie für die deutsche Valuta der Stand vom 1. Januar 1920 = 100 gesetzt ist.

Zeit	Valuta	Arbeitslosigkeit
Febr. 1920	60	85
März 1920	59	55
April 1920	75	56
Mai 1920	58	80
Juni 1920	135	114
Juli 1920	128	172
August 1920	128	143
September 1920	115	132
Oktober 1920	100	122
November 1920	79	114
Dezember 1920	86	120
Februar 1921	88	135
Mai 1921	80	108

Die Zusammenhänge springen in die Augen: Jede Verschlechterung der Mark, so schreibt die Frankfurter Zeitung vom 23. August, löst binnen weniger Wochen eine entsprechende Verbesserung der Arbeitsgelegenheiten aus; jede Besserung der Mark bringt eine parallel laufende Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Die Lehre daraus: Das deutsche Valutaproblem ist nicht so einseitig, wie wir bis zu Anfang des Vorjahres glaubten. Denn nicht nur ein Sinken, sondern auch ein Steigen, besonders ein schnelles Steigen der Mark birgt schwere Gefahren.

Die hier skizzierten Erfahrungen des Vorjahres und auch der letzten Wochen mit ihrer gleichzeitigen Markentwertung und Hochkonjunktur für Industrie und Handel verführen manche (interessierten) Kreise unwillkürlich dazu, das Gegenteil anzukleben wie früher. Man hört schon, nur eine schlechte Valuta könne uns retten. Selbsterhaltung ist das oberste Gebot.

Metallwirtschaftsbund und Eisenwirtschaftsbund

Von Trudi Brendler.

sch bei der jüngsten Marktentwertung ins Ohr, die deutsche Regierung habe planmäßig diese Bewegung herbeigeführt, um den Export zu fördern. Wer die in Frage stehenden Instanzen kennt, wird wissen, daß ihnen ein solch planmäßiges Vorgehen gewiß nicht in den Kopf gekommen ist.

In übrigen wäre eine derartige Klugheit schließlich und endlich eine rechte Dummheit. Aus verschiedenen Gründen. Fürs erste bringt die Währungsverschlechterung neben der Exportförderung furchtbare Nachteile durch die Teuerungen mit ihren unübersehbaren Folgen für die Festbesoldeten, für den Staatshaushalt, löst Lohnkämpfe aus usw. Fürs zweite hat eine Industriebelebung dank der Währungsverschlechterung eine fatale Ähnlichkeit mit der trügerischen Heilkraft einer Morphiumspritze. Auch hier ist die Wirkung nur vorübergehend. Auch hier müssen immer stärkere Dosen gegeben werden. Ein Kurs von 80 oder 90 M für den Dollar wirkt so lange exportfördernd, als die Betriebskosten im Innern der verringerten Kaufkraft der Mark noch nicht angepaßt sind. Dieser Vorsprung wird sich aber schnell verringern, und zwar heute schneller als früher, wo die künstliche Niederhaltung der Lebenshaltung durch die Liquidierung der Zwangswirtschaft aufhören wird. Wollte man dann die Doktor-Eisenbarkeit mit Währungsverschlechterung fortführen wollen, so müßte man dem kranken Wirtschaftskörper immer stärkere Einspritzungen geben, d. h. auf 100 auf 150 auf 200 M usw. für den Dollar gehen, bis der gequälte Organismus aufhörte zu reagieren.

Nein, das ist nicht die Lehre aus den hier erwähnten Vorgängen. Die Außenwendung für uns ist vielmehr die: Jegliche starke Wertschwankung, sei es nach oben oder unten, bringt für uns schwere Nachteile. Da eine Stabilisierung der Wäluta einstweilen eine Unmöglichkeit ist und nach der richtigen Charakterisierung eines Engländers auf der vorjährigen Brüsseler Finanzkonferenz ungefähr so wirksam wäre wie die künstliche Fizzierung des Thermometerstandes auf eine bestimmte Temperatur, so müssen andere Mittel gefunden werden. Falls die Wälutakonferenz in Washington wirklich zustande kommt, was nach den letzten Äußerungen Hardings freilich zweifelhaft ist, so sollte man dort endlich bis zur endgültigen, leider in so weiter Ferne liegenden Ausbalanzierung der verschiedenen Staatshaushalte wenigstens eine Beschränkung der Schwankungen der verschiedenen Wäluten durch ein mächtiges internationales Finanzkonsortium vorbereiten. Damit würde nicht etwa nur eines der schwierigsten deutschen Probleme gelöst werden. Denn die ganze Welt wird unter der Fortdauer der Schwankungen noch furchtbar zu leiden haben.

Dieselben Schwankungen erschüttern auch vollständig unsere Wirtschaft und stürzen uns von einer Problemstellung in die andere. Deutschland ist infolge des wirtschaftlichen Sturzes unfähig, sich allein zu helfen, wenn nicht die Unterstützung großer Weltwirtschaftsstaaten ihm gegeben wird.

Der Kampf um den Lehrling

Von Jakob Mehr.

Unter dieser Ueberschrift bringen die „Mitteilungen der Handwerkskammer“, Nr. 5, für Aachen, Düsseldorf und Köln eine Abhandlung, die angeblich von einem christlichen Metallarbeiter stammt. Seine Zugehörigkeit zu unserem Verbande bestreiten wir nicht, er mag auch sonst ein ganz brauchbarer Mensch und guter Kollege sein, aber im Lehrlingswesen ist sein Urteil „von keinerlei Sachkenntnis“ getrübt. Hätte der Kollege nur in etwa die vielseitigen Abhandlungen über diese Frage in unserem Verbandorgan oder in unserer Jugendschrift „Der Hammer“ gelesen, würde er sicher manches anders beurteilen. Aus diesem Grunde haben wir den Artikel, der uns übrigens am 4. Juli 1921 mit der Bitte um Abdruck zugeing, nicht gebracht, weil der Kollege in manchen Punkten von ganz falschen Voraussetzungen ausging.

Zunächst einmal handelt es sich bei der Meinungsverschiedenheit gar nicht darum, ob der Lehrling Arbeiter ist oder nicht, sondern darum, ob das Lehrverhältnis auch Arbeitsverhältnis ist. Sollte aber der Schreiber des Artikels daraus, daß der Lehrling so gut wie alle anderen Menschen Arbeiter ist, den Schluß ziehen, daß das Lehrverhältnis Arbeitsverhältnis ist, dann geht er ja viel weiter als die Gewerkschaften, denn die stehen auf dem Standpunkt, daß der Lehrvertrag an erster Stelle Erziehungsvertrag ist, dann aber erst Arbeitsvertrag. Mit dieser Ansicht dürfte der Artikelschreiber mit den Vertretern der Innungen schwer zusammenzufassen. Zur Orientierung für diesen Kollegen, sowie auch zu Nutz und Frommen anderer wollen wir noch einmal sagen, um was es sich bei dieser Frage handelt. Die Vertreter des Handwerks schreiben in den Tageszeitungen wiederholt: „Die Gewerkschaften wollen das Lehrverhältnis in ein reines Arbeitsverhältnis umwandeln.“ Gegen diese Unterstellung wehren sich die christlichen Gewerkschaften, so etwas haben sie nie gewollt und wollen es auch heute nicht. Beweis: Die Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (in denen übrigens auch die Handwerksmeister vertreten sind) haben in der Ausschussung am 11. Februar 1921 folgende Grundzüge, die am 27. Februar 1921 in der Vollversammlung angenommen wurden, ausgearbeitet: „§ 4. Die Grundlage des Lehrverhältnisses bildet die Berufsausbildung und Erziehung des Lehrlings. Es soll nicht in ein reines Arbeitsverhältnis überführt werden.“

Das ist doch wohl genau das Gegenteil von dem, was von den Vertretern des Handwerks behauptet wird. Weiter heißt es in dem Artikel der Mitteilungen der Handwerkskammer, daß das Handwerk seine Innungen, Fachverbände usw. habe. Wer will dem Handwerk denn diese Organisationen nehmen?

Die Frage der Arbeit der Selbstverwaltungskörper in der deutschen Wirtschaft ist anlässlich der steigenden Teuerung aller Produkte wieder akut geworden, besonders seit das Reichswirtschaftsministerium einen Gesetzentwurf zur Änderung der Verordnung vom 1. April 1920, betreffend die Regelung der Eisenwirtschaft vorgelegt hat. Wir bringen unseren Kollegen nochmals eine eingehende Arbeit über die Selbstverwaltungskörper in unserer Industrie, um sie über deren Aufgaben zu orientieren. Wenn wir auch einige Anschauungen der Verfasserin, besonders z. B. hinsichtlich Zurückführung der freien Wirtschaft, die im angenommenen Umfange nicht von der Arbeiterschaft gemilcht werden konnte, nicht zu den unsrigen machen können, so bietet doch die Artikelserie einen guten und vollständigen Uebersicht über Aufgabengebiet und Tätigkeit des M. W. B. und des E. W. B. D. Red.

Unter dem Gesichtspunkt der Sozialisierung erwog man im Frühjahr 1919 im Reichswirtschaftsministerium Pläne für eine Regelung der gesamten Eisen- und Metallwirtschaft. Das Sozialistengesetz vom 23. März 1919 sah für die Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Regelung des gesamten Wirtschaftslebens die Bildung von wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern vor. Solche wollte man für die Eisen- und Metallwirtschaft in Gestalt von drei sogenannten Dachverbänden schaffen: dem Dachverband A der Eisenwirtschaft, dem Dachverband B der Metallwirtschaft (beide vom Erz bis zum Halbzeug) und dem Dachverband C der Wirtschaft der Eisen- und Metallfertigerzeugnisse. Diese Dachverbände sollten in einzelne Zweckverbände mit wiederum eigener Selbstverwaltung unterteilt werden. Als Aufgaben der Dachverbände, die paritätisch von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzt sein sollten — eine wichtige und damals noch ganz neue Maßnahme —, waren in dem Entwurf des Reichswirtschaftsministeriums genannt:

1. gütliche Tätigkeit bei handels- und steuerpolitischen Fragen in sachlicher Begrenzung über das ganze Reich, im Gegensatz zur bezirklich abgegrenzten Arbeitsweise der Handelskammern;
 2. Regelung des Außenhandels, die bisher unter Mitwirkung der Zentralstellen für die Ein- und Ausfuhrbewilligung (Diese Zentralstellen wurden während des Krieges von der Kriegsstoffabteilung des Kriegsministeriums als beratende Körper geschaffen; sie wurden dann vom Reichswirtschaftsministerium übernommen) dem Reichskommissar für die Ein- und Ausfuhr unterstand und nun den Vertretern von Handel, Industrie und Gewerbe in Selbstverwaltung übertragen werden sollte;
 3. Regelung des Innenhandels durch Vereinbarung von Preisbestimmungen und Preisfestsetzungen, jedoch nur dann, wenn durch Karielle oder Synbikate das Interesse der Allgemeinheit verletzt wird;
 4. Regelung der Produktion, insbesondere der Rohstoffverteilung im Inland, Sorge für Brennstoffe und Transportmittel.
- Diese gedachte umfassende Planwirtschaft kam nicht zur Durchführung; nur der Dachverband B der Metallwirtschaft, der spätere

„Metallwirtschaftsbund“ (M. W. B.)

wurde durch die persönliche Initiative des damaligen Reichskommissars für die Metallwirtschaft beim Reichswirtschaftsministerium, dem seitherigen Vorsitzenden des M. W. B., von der Porten, im Mai 1919 ins Leben gerufen. Die einzige rechtliche Grundlage bildete der Par. 3 des oben erwähnten Sozialistengesetzes, in dem es heißt:

„Die Aufgaben der durch Reichsgesetz geregelten Gemeinwirtschaft können dem Reich, den Gliedstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden oder wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern übertragen werden. Die Selbstverwaltungskörper werden vom Reich beauftragt.“

Die Gründung des M. W. B., an der Vertreter von großen Industriewerken, Handelsfirmen, und Arbeiter- und Angestelltenverbänden teilnahmen, bezweckte aber keineswegs die Vorbereitung oder Durchführung der Sozialisierung im

Etwa die Gewerkschaften? Auch das Lehrlingswesen alle in Regeln zu wollen, ist den christlichen Gewerkschaften nie eingefallen. Auch die Zentralarbeitsgemeinschaft will es nicht. Sie sagt ausdrücklich unter Ziffer 7 des Protokolls der oben angeführten Sitzung: „Die Regelung der beruflichen Ausbildung soll in der Weise erfolgen, daß die Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig beteiligt werden. Dem Staat und der Schule steht der notwendige Einfluß auf die Neuregelung, Fürsorge und Beaufsichtigung der beruflichen Ausbildung zu.“

Wenn aber trotz der unzweideutigen Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zu der Lehrlingsfrage immer wieder behauptet wird: „Die Arbeit (in der Lehrlingsfrage) wird geleistet nach den Leitfäden des 10. Gewerkschaftskongresses von 1919, worin der erste Satz lautet: Die Zuständigkeit der Innungen ist aufzuheben, haben wir keine Ursache, uns als christliche Gewerkschaften diese Dinge an die Rodeschöpfe hängen zu lassen. Der 10. Gewerkschaftskongress von 1919 war nämlich der sozialistische Kongress. Daß die christlichen Gewerkschaften mit diesem Kongress gar nichts zu tun haben, dürfte die Vertreter des Handwerks sehr wohl wissen, zumal der Artikelschreiber eine geistige Verwandtschaft zwischen den christlichen Gewerkschaften und dem Handwerkerstand entdeckt hat.

Der Artikelschreiber sagt ferner in dem Artikel: Die Ueberwachung der Ausbildung des Lehrlings ist ebenfalls gesetzlich geregelt: Lehrlingsappells, Zeugnisfrage, zuletzt Prüfung des Lehrlings durch die amtlich bestellte paritätische Prüfungskommission. Leider fehlen uns aus der jüngsten Zeit genaue Angaben über die paritätische Prüfungskommissionen. Ich empfehle jedoch zur Prüfung und zum Studium im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ den Artikel über Innungen von Stieder; dort findet man aus den Berichtsjahren 1900—1904, daß von 1131 Innungen nur 739 (= 64,7 Prozent) einen Ausschuß zur Regelung des Lehrlingswesens hatten. Bei 808 Innungen bestand frok

Sinne der grundsätzlichen Ausschaltung des Unternehmertums, sondern ist eher anzusehen als eine tatkräftige Maßnahme zur Verhinderung weiterer staatlicher Regelung. Man wollte sich von der Bevormundung der Kriegswirtschaft freimachen und der betroffenen Kaufmannschaft und Arbeitnehmerschaft Gelegenheit geben, maßgebenden Einfluß auf die wirtschaftliche Gesetzgebung zu gewinnen und ihr die Durchführung der Gesetze selbst zu übertragen, um so unter Wahrung des Allgemeininteresses allmählich zur freien Wirtschaft der Vorkriegszeit überzuleiten. Kurz gesagt, man wollte an Stelle schwerfälliger, nach behördlicher Vorchrift arbeitender Organe, einen Selbstverwaltungskörper schaffen, der sich den täglich wechselnden Bedürfnissen des Wirtschaftslebens anpaßte.

Die freie Wirtschaft war schon unter Berücksichtigung der Weltmarkverhältnisse für Deutschland im gegebenen Augenblick noch nicht möglich. Deshalb wurde auch als dringendstes Gebot der Stunde die Regelung der Ausfuhr und die Schaffung von Außenhandelsstellen angesehen. Bereits am 1. Juni 1919 nahm der M. W. B. seine Tätigkeit auf. Auch für die Außenhandelskontrolle war zunächst das Sozialistengesetz rechtliche Grundlage, für die praktische Handhabung durch mündliche Vereinbarungen mit dem Reichswirtschaftsministerium erwirkt; dem trat dann hinzu die Verordnung über die Außenhandelskontrolle vom 20. Dezember 1919, nach deren Par. 3 der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung einen Teil seiner Befugnisse auf Außenhandelsstellen übertragen kann. Durch die Außenhandelskontrolle verhinderte man bei Beginn des Wälutasturzes die Verschiebung von Millionenwerten nach dem Ausland und überwachte die Einziehung von Devisen, die entweder in bar oder durch Einfuhr von nachgewiesenermaßen für den Inlandsbedarf notwendigen Waren zu erfolgen hatte; damit wurden Kapitalverschiebungen ins Ausland vermieden. Die Devisenstelle der Reichsbank, die wöchentlich Aufstellungen über die Ein- und Ausfuhr vom M. W. B. bekam, kontrolliert seit 11. August 1920 die Devisen-Rücklieferung bei den Außenhandelsstellen nicht mehr.

Ganz in gleicher Weise übernahm der M. W. B. sofort auch die Regelung der Einfuhr, während die anderen Außenhandelsstellen dieselbe erst später ausübten.

Regelung der Eisenwirtschaft

Fast ein Jahr nach Gründung des M. W. B. erstrebte man die Regelung der Eisenwirtschaft durch die Verordnung zur vom 1. April 1920, die als Satzung des Eisenwirtschaftsbundes (E. W. B.) anzusehen ist. Die genannte Verordnung will einen Selbstverwaltungskörper schaffen, der unter Aufsicht des Reichswirtschaftsministers alle Interessentkreise zur Bewirtschaftung des Eisens und seiner Erzeugnisse in Rücksicht auf das Gemeinwohl heranzuziehen sucht. Veranlassung zu der Regelung gab die schlechte Finanzlage des Reiches und der ständig fallende Markkurs im Jahre 1919. Er hatte eine hauptsächlich auf spekulativen Ursachen beruhende, stark übertriebene Materialnachfrage zur Folge, mit der naturgemäß eine unzureichende Belieferung und hohe Preissteigerung verbunden war; ihr wollte man durch die Regelung begegnen.

Es treten somit für verwandte Gebiete — Eisen und alle übrigen Metalle — zwei Organisationen auf, die sich beide als wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper bezeichnen, dennoch in wesentlichen Merkmalen sich voneinander unterscheiden. In der folgenden Nummer wollen wir den Aufbau darlegen.

Vorchrift der Gewerbeordnung die Hälfte der Beisitzer der Prüfungsausschüsse nicht aus Gesellen.

Wenn aber zum Schluß der Artikelschreiber meint, die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften sei gegeben, wo auch der ganzen Linie der Ruf erschalle: Sie Christus! Sie Bessial, so ist er auch grundsätzlich in einem Irrtum befangen. Sicher hat die christliche Gewerkschaft auch auf diesem Gebiete Aufgaben zu erfüllen, aber es ist doch nicht ihre einzige. Ihr ureigenstes Gesetz ist — auf dem Boden des positiven Christentums stehend — wirtschaftliche und soziale Fragen zu lösen. Die Lehrlingsfrage aber ist in hohem Maße eine Wirtschaftsfrage der nächsten Zukunft, eine soziale Frage war sie in der ganzen Geschichte des Lehrlingswesens. Zu allen Zeiten hat die breite Öffentlichkeit, „das Volk“, an dieser Frage ein wohlberechtigtes Interesse gehabt. Es darf auch jetzt nicht heißen, wie es in dem Artikel heißt: Hände weg vom Handwerk!, sondern „Ausgepaßt auf das Lehrlingswesen!“

Gewerkschaftliches

Wo „Revolutionäre“ herrschen. . .

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Radikalen für Radikalpolitik, aber nicht für gewerkschaftliche Arbeit zu haben sind. Wo sie dominieren, machen sie zwar Generostreiks, das es frucht, aber sie verzögern dabei nicht ihre Gelder — so dumm sind sie nicht — denn sie bezahlen meistens schlecht ihre Beiträge, sondern verlangen ganz getrost die Gelder, die andere aufgebracht haben. Lehrtreue Zahlen darüber gibt der Bericht des Bezirks Dresden des sozialistischen Metallarbeiterverbandes für das zweite Vierteljahr 1921.

Verwaltungsstelle	Mitgliederzahl	Zunahme	Abnahme	pro Kopf geleisteter Wochenbeitrag
Dresden	31 816	—	1811	10,78
Leipzig	7 169	—	1707	10,85
Flaun	5 628	—	644	10,61
Schönb	114	1	—	10,12

Diese Orte hatten in den letzten Jahren Erbsenwägen durch Arbeiter der UEB. teilweise auch der SPD.

angehörten. Die Aufrüstung der Mitglieder und die Führung der Kämpfe erfolgten grundsätzlich nach den Regeln des revolutionären Klassenkampfes. Das Resultat ist ein großer Rückgang in der Mitgliederzahl, welcher noch größer ist, wenn, wie aus den pro Kopf geleisteten Wochenbeiträgen ersichtlich, auch die „Papierkassenkämpfer“ getriggert worden wären. Bei 12 Beiträgen wäre die Mitgliederabnahme bei Leipzig noch um 3100 größer gewesen.

Die „Dresdener Volkszeitung“, das sozialistische Organ, hat recht, wenn es schreibt: „Die Zahlen zeigen deutlich, wohin das Dineintragen der Politik in die Gewerkschaften führt“. Wir stimmen vollständig zu, nur sollten die Mehrheitssozialisten bedenken, daß sie die Verquickung von Parteipolitik und Gewerkschaften begünstigen haben. Die christlichen Gewerkschaften haben stets das Dineintragen von Parteipolitik in die Gewerkschaften bekämpft und sie haben damit den einzig richtigen Weg beschritten.

Stand der Erwerbslosigkeit zu Ende Juli.

Im Juli d. J. ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Deutschen Reich weiter gesunken, nämlich von 315 458 am 1. Juli auf 269 424 am 1. August. Die Zahl der männlichen Haupterwerbsfähiger betrug rund 206 000 (gegenüber 241 000), die der weiblichen 63 000 (gegenüber 71 000). Die Zahl der Zuschlagsempfänger d. h. der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Erwerbsloser, stellt sich auf rund 300 000. Das Zahlenbild kommt damit demjenigen vom Juni 1920 wieder sehr nahe.

Im Vergleich mit dem ungünstigsten Monat dieses Jahres, dem März, ergibt sich eine Verminderung um rund 143 000 Erwerbslose und 168 000 Zuschlagsempfänger. Die Besserung ist insbesondere auf den Bedarf der Landwirtschaft zurückzuführen, die aber in einzelnen Gegenden bereits wieder abflaut, ferner auf die Entwicklung des Baumarktes, der allerdings der Mangel an gelehrten Bauarbeitern entgegen steht, sowie auf die fortschreitende Belebung einer Reihe von Industriezweigen, so des Textil- und Bekleidungs-gewerbes, der Holzindustrie, der Metallindustrie, der Industrie der Steine und Erden usw.

Weitere Lohnherabsetzungen in der amerikanischen Stahl- und Eisenindustrie.

Nach „Iron Age“ und anderen Fachblättern sind in nächster Zeit weitere Lohnherabsetzungen bis zu 20 v. H. in der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie zu erwarten. Die Fabrikanten sehen sich veranlaßt, die Preise ihrer Produkte noch weiter sinken zu lassen, nachdem sie die völlige Betriebsaufnahme einleiten mußten. Die Herabsetzung der Preise soll zunächst durch eine Herabsetzung der Löhne eingeleitet werden. Das umgekehrte wäre das Notwendige. Jedenfalls kann in Deutschland der amerikanische Weg nicht eingeschlagen werden, dafür muß die Metallarbeiterschaft sorgen.

Aus der Wirtschaft

Syndikatsbestrebungen in der Röhrenindustrie.

Man hat die Versuche, Einzelverbände für die sogenannten V- Erzeugnisse zu bilden, wieder aufgenommen und zunächst mit der Gruppe Gas- und Siederöhren den Anfang gemacht. Mit Zustimmung der Werke wurde beschlossen, zunächst die Frage der Beteiligungen in Behandlung zu nehmen und zu diesem Zweck einen Ausschuß zu bilden, der die Vorarbeiten zu erledigen haben wird. Während bei früheren Syndikatsbildungen als Grundlagen für die Beteiligungen in erster Linie der tatsächliche Verlauf innerhalb einer gewissen Frist diente, sollen die Beteiligungen jetzt an Hand der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Werke festgelegt werden. Ueber das Röhrengeschäft ist zu berichten, daß in Siederöhren recht gut zu tun ist. Auch in Gasröhren hat sich das Geschäft im Zusammenhang mit der leichten Belebung des Baumarktes etwas besser gestaltet.

Die Lage in der Automobilindustrie.

Die Lage hat sich unter dem Druck der Sanctionen weiter verschlechtert. In einzelnen Werken sind Arbeitsbeschränkungen zu verzeichnen. In Klein-Motorfahrzeugen und Lastwagen zeigt der Bedarf in letzter Zeit, laut A. W. Z., eine ständig ansteigende Richtung. Ob eine weitere Belebung des Geschäftes aus der Aufhebung der Ausfuhrabgabe erwartet werden kann, steht noch dahin.

Der rheinisch-westfälische Eisenmarkt

zeigt steigende Konjunktur. Die ausländische Konkurrenz, d. h. die gesamte Weltmarktlage, steht leider einer Befundung des rheinisch-westfälischen Eisenmarktes noch sehr entgegen. Der Roheisenverband hat daher dem Verkauf von Qualitätsroheisen und Luxemburger Gießereiroheisen für den September zu unbedingten Preisen und Bedingungen freigegeben. Auch die von der Industrie gewünschte Erhöhung der Schienenpreise hat sich nicht durchsetzen lassen. Es sind jetzt zwar in Düsseldorf Verhandlungen zur Bildung eines Schienenverbandes im Gange, aber es ist fraglich, ob es einem solchen gelingen würde, den gewünschten Einfluß auf die Preisgestaltung zu erhalten.

Die Verwässerung der Goldwerte.

Während steuerpolitisch der Kampf um die Belastung der Goldwerte sich fortsetzt, werden diese Goldwerte, zumal durch die Aktien-gesellschaften, fortbauend weiter in Form von neuen Kapitalerhöhungen verflüssigt. Die Folge sind riesige Bezugsrechte für die Aktionäre. So gelangen demnächst durch die Dresdner Bank 3 Mill. Mark neue Stammaktien der Zwidauer Kammgarnspinnerei A.-G. zur Ausgabe. Diese Aktien sind bereits für das laufende Geschäftsjahr mit vollem Dividendenanspruch ausgestattet und das Bezugsrecht ist derart festgesetzt, daß auf jede alte Aktie zwei neue Aktien zum Kurse von 107 auszugeben werden. Da die alten Aktien an der Dresdener Börse 1797 stehen, so ist der Gewinn ohne weiteres zu errechnen. Die Baumwollspinnerei Zwidau hat eine Kapitalerhöhung von 4 Mill. Mark in gleichen Formen vorgenommen.

Die Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten

geht am besten aus der folgenden Uebersicht hervor, die die Aus- und Einfuhrzahlen zur Darstellung bringt.

Ausfuhr	Einfuhr	Gesamt-handel	Ausfuhr-überschuß	
(Millionen Dollar)				
1913/14	2364	1894	4258	470
1918/19	7232	3096	10 328	4136
1919/20	8109	5239	13 348	2870
1920/21	6519	3567	10 186	2852

Das Jahr 1919/20 war für den Gesamthandel das Beste, während 1920/21 die Bistern sowohl für Ein- und Ausfuhr anfangen stark zu sinken.

Französische Hochöfen.

In Meurthe et Moselle, dem französischen Hüttengebiet, ist nach französischen Fachblättern, die Roheisenerzeugung mit ungefähr 100 000 T. im Mai auf der Höhe der vorhergehenden Monate geblieben. Es sind zwei weitere Hochöfen außer Betrieb gesetzt worden, so daß noch 19 Hochöfen (22 v. H.) in Betrieb sind. Dies hat natürlich auf den Preis des Roheisens zurückgewirkt in Anbetracht der Ab-lahnnotwendigkeit. Die Preise für die Tonne Gießereiroheisen bewegen sich um 200 Fr. (2700 M.) ob Fabrik. Belgisches Roheisen wird in England zu Strk. frei englischen Oafen angeboten.

Kleine Notizen

Beluholz, einer der größten Physiker der Welt, ein Deutscher, dessen 100. Geburtstag wir in diesen Tagen begehen, hat die Naturwissenschaft im Verein mit Vanden und Köhler um ein erhebliches Stück weitergebracht. Seine Entdeckungen auf dem Gebiet der Elektrizität, des Lichtes, der Optik usw., sind nicht nur der Wissenschaft und Wirtschaft, sondern auch vor allem der lebenden Menschheit zum Nutzen geworden.

Die Leipziger Messe, die alljährliche Schau deutscher Erzeugnisse, weist in diesem Jahre einen außerordentlich guten Reich auf. Vor allem sind als Käufer Amerikaner, Dänen und Russen zu sehen. Hoffen wir, daß der Wert der deutschen Industrieerzeugnisse dadurch der Welt wieder offenkundiger vor Augen geführt wird.

Die Vaterlandsliebe gewisser deutscher Schichten wird grell beleuchtet durch das Ergebnis der Wäberwoche für die Oberschlesierische. In den jahonabelsten Wäbern, wo Behtausende und Hunderttausende keine Rolle spielen, wo die Klouette bis zum frühen Morgen am Spielplatz sich dreht, in Heringsdorf und Swinemünde wurde gesammelt für unsere braven Brüder in Oberschlesien. Heringsdorf brachte 600 M. zusammen und Swinemünde 1500 M. Das bezeichnet den „Geist“ dieser Schichten.

Das Geld liegt auf der Strafe, man muß nur verstehen, es aufzuheben, so kann man denken, wenn man sich die neueste Hütte im deutschen Volkleben, die Wettkongerne, ansieht. Vollständig unbekanntem Leuten übergibt man sein Geld zum Verwerten bei Pferderennen, damit es in zwei Monaten 100 Prozent Gewinn einbringen soll. 500 Millionen Mark sind den Sportkongernen eingezahlt worden. Tausende Arbeiter waren darunter, die ihren lauer verdienten Groschen diesen Galunken gaben, um sie vollständig zu verlieren. Besonders auf die Jugend muß schon geachtet werden, damit sie nicht diesen Sumpfläuten nachjagt.

Bekanntmachung

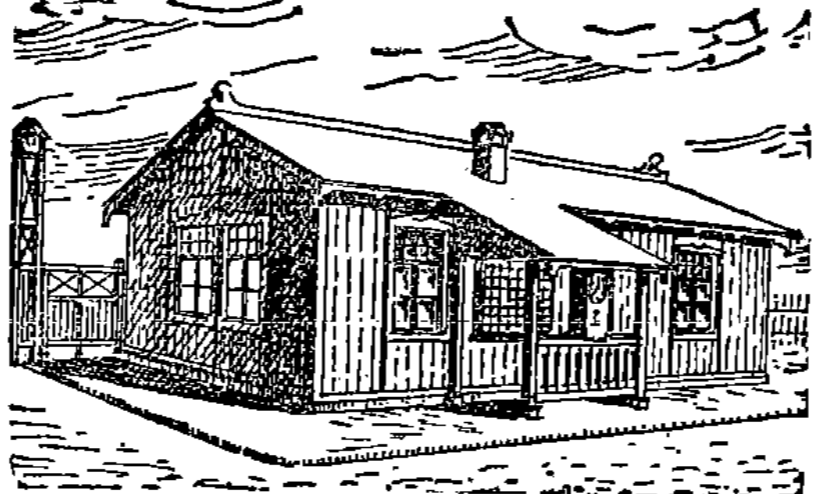
Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. September der 38. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 11.-17. September.

Wirtschaftlichkeitsbestrebungen und Arbeiterschaft

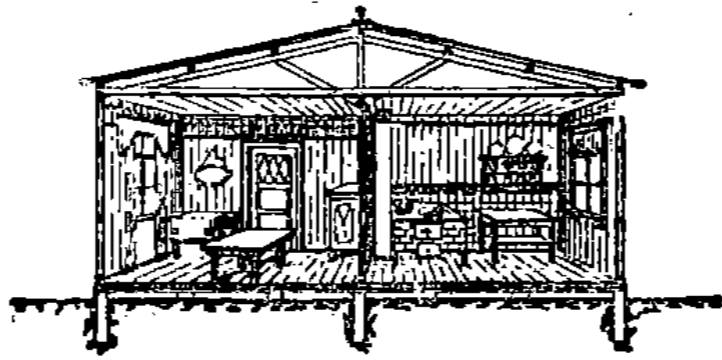
Von Ingenieur W. G o f m a n n.

Doch nicht allein im Maschinenbau soll normalisiert werden, auch auf anderen Gebieten, vor allem im Bauwesen. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß z. B. für Türen und Fenster, Dielen, Balken und Treppen nur wenige Größen genügen. Was kann da an unnützer Arbeit gespart werden und wie einfach ist es, wenn eine Fensterscheibe gebrochen ist und man kann zum nächsten Glaser gehen und sich eine Scheibe Nr. 3 holen, die auf Lager ist.

Uns Maschinenmenschen wird ja von Seiten der Künstler-schaft der schwere Vorwurf gemacht, daß wir mit der Normalisierung jedes künstlerische Empfinden erstickten. Das ist nicht der Fall und nie beabsichtigt. Wohl wird z. B. beim Hausbau (Kleinwohnungs-kolonie) nicht jedes Haus anders zu bauen sein, aber sechs Typen oder acht, jedes ein bisschen anders hingestellt, genügen vollkommen, um allem künstlerischen Empfinden gerecht zu werden, das kann jeder an einer Anzahl bereits ausgeführter Wohnungs-kolonien sehen. Das hindert aber nicht, daß in diesen Häusern normalisierte Fenster, Türen usw. verwendet werden. Daß normalisierte Häuser sehr schön sein können, zeigen Abb. 4 und 5; ein Hofhaus der Firma Göntsch u. Co., Dresden. Abb. 4 Außenansicht und Abb. 5 Innenansicht. Einfach, nett, aber zweckmäßig.



Gestehen wir es nur ruhig, daß wir uns im täglichen Leben schon an Normalien gewöhnt haben, ohne daß wir vielleicht dessen bewußt wurden. Was sind denn Stuhl- und Tischhöhen anders als durch den Gebrauch entstandene Normalien. Einen gelben Wagen erkennt jeder als zur Post gehörig, ebenso wie man die Spurweite der Eisenbahn als selbstverständlich überall gleich hinnimmt.



Es würde jedem komisch vorkommen, wenn er an seiner Hose Knöpfe von 3 Zentimeter Durchmesser hätte oder einen 1 Meter langen Spazierstock nehmen sollte. Alles durch den Gebrauch entstandene Normen. Ob dabei der Stock von richtiger Höhe aus Eichen- oder Ebenholz, einfach oder mit künstlerischen Einlagen versehen ist, bleibt sich gleich, dem sind keine Schranken gesetzt.

Nachdem nun auch der Begriff der Normalisierung klar geworden sein dürfte, sollen noch die erstrebten Ziele erläutert werden. Durch die größere Verwendbarkeit eines Teiles wird

Verbandsgebiet

Güterlosh. Ein recht eigenartiger Vorfall ereignete sich in unserem friedlichen Kreisgebiet. Sonntag, den 21. August fanden von 2-7 Uhr die Wahlen der Ausschussmitglieder für die Allgemeine Ortskrankenkasse statt. Die Genossen feierten an demselben Tag Gewerkschaftsfest. Diese Gelegenheit benutzten die Genossen, um nach Vereinbarung mit der Versammler Vertretung, mit Musik nach dem friedlichen Wahlort zu ziehen. Während der Wahlhandlung spielte nicht nur die Musikkapelle allein, nein, die Arbeiterjugend führte in der Zwischenzeit einige Volkstänze und Gesen auf. So etwas war jedenfalls bisher bei einer Krankenkassenwahl noch nicht geschehen. Alles half unseren Genossen nichts. Die Wahl zeitigte das Ergebnis, daß beide Vorschlagslisten je 10 Ausschussmitglieder erhielten. Wir sind der festen Ueberzeugung, wenn es am Wahltag nicht geregnet hätte, wäre das Ergebnis für uns noch günstiger ausgefallen, da viele unserer Mitglieder auswärts von Gütersloh wohnen. Die Gütersloher Genossen wird das Resultat schmerzen, denn sie erhofften ein weit besseres Ergebnis, weshalb auch eine Verständigungsliste abgelehnt war.

Dies Wahlergebnis muß unsere genannten Mitglieder anspornen, mit doppeltem Eifer für die Ausbreitung unseres Verbandes alles einzusetzen.

Weisweiler. In unserem Ort findet am Sonntag, den 18. Sept. ein christlicher Gewerkschaftstag statt. Die christlich-nationalen Arbeiter wollen hier zeigen, was sie sind und was sie wollen. Die örtlichen Organisationen nehmen morgens geschlossen am Gottesdienst teil. Nachmittags durchzieht ein Festzug den Ort und am Abend werden in den beiden größten Sälen Festbesammlungen stattfinden. Hervorragende Redner werden hier sprechen, außerdem wird gesungene und musikalische Unterhaltung geboten. An die Kollegen des Schweieler, Stolberger, Dürener und Nachener Bezirke ergeht die dringende und herzliche Bitte, einzutreten für unsere wirtschaftlichen Ziele und kulturellen Ideale. Niemals war ein menschliches Bestreben zum Christentum notwendiger als heute. Deshalb muß die Parole für alle Kollegen der Umgegend lauten: „Auf nach Weisweiler zum Christlichen Gewerkschaftstag am 18. September 1921!“

die Anfertigung desselben in erhöhtem Maße erforderlich. Hierfür lassen sich Einrichtungen schaffen, die bei Einzelanfertigung zu kostspielig geworden wären, welche aber eine weit vorteilhaftere Bearbeitung ermöglichen. Eine Verbilligung der Bearbeitung ist die Folge. Doch nicht allein dies; durch die vorteilhaftere Massenherstellung ist eine größere Genauigkeit der Teile unter sich gewährleistet, so daß ein Austausch derselben möglich ist, ohne daß Nacharbeiten erforderlich sind. Der Zweck wäre also: Verbilligung der Herstellung eines Teiles mit dadurch folgender Verbilligung des Erzeugnisses überhaupt und dann eine beidseitige Austauschbarkeit.

Wie stellt sich nun der Arbeiter zu diesen Fragen? Hier muß leider festgestellt werden, daß sich ein großer Teil über diese Bestrebungen noch wenig Kopfzerbrechen gemacht hat. Wohl hat er von Typisierung usw. schon gehört, aber als für ihn nicht in Betracht kommend, sich nicht weiter um die Sache gekümmert. Der Teil aber, welcher der Angelegenheit tiefer auf den Grund ging, ist leider zufolge dessen, daß bisher wenig über die Bestrebungen in seine Kreise gedrungen ist, zu einem falschen Urteil gekommen. Ich bin z. B. des öfteren vor folgende Frage gestellt worden, welche von Selbsterhaltungstrieb aus diktiert, menschlich verständlich ist: Wenn nun alle Betriebe normalisiert sind, die Teile fallen weg, dann ist doch nicht mehr so viel Arbeit da, was wird mit den überflüssig werdenden Leuten?

Da muß zuerst gesagt werden, daß keine Leute überflüssig werden. Wir wollen doch nicht auf dem Lieferungsstand von jetzt stehen bleiben; wir wollen doch unsere Produktion erhöhen, denn das Ausland ist so hungrig nach deutschen Waren, daß es nur noch den richtigen Zeitpunkt abpaßt, zu kaufen, und diesen glaubt es bekommen, je eher, je schneller unsere Mark sinkt. Da müssen wir da sein und trotz der geringen Kaufkraft unserer Mark konkurrenzfähig bleiben, und das ist nur möglich, wenn wir billige liefern können und das wieder können wir nur, wenn wir alle Möglichkeiten ergreifen, vorteilhaft zu arbeiten. Wir brauchen alle Kräfte, vor allem alle guten Kräfte. Ausbleiben wird es ja freilich nicht, daß hier und da Minderungen eintreten, das kann sich aber immer nur um minderwertige, notorisch faule und böswillige Elemente handeln, die abzuschließen gerade so im Interesse jedes tüchtigen Arbeiters liegt, wie ein krankes Glied abgenommen werden muß. Im Gegenteil, gerade durch die erhöhte Produktion werden ja wieder eine Anzahl Leute nötig, welche diese Erzeugnisse weiter vertreiben. Es wird vielleicht eine Umstellung eintreten, wie oben angedeutet, daß die Leute entsprechend ihren Sonderleistungen sich für eine andere Beschäftigung besser eignen, aber das würde ja nur im Interesse der betreffenden selbst geschehen.

Die Normalisierung macht vorläufig leider so langsame Fortschritte (bekam ich doch von verschiedenen großen Schraubenfirmen auf Anfrage nach Normalisierungen die Antwort: „Wir haben an der Lieferung kein Interesse“, oder „Wir liefern nur Handelsware“), daß an eine reißende Normalisierung noch lange nicht gedacht werden kann. Inzwischen wird ja die Arbeiterschaft selbst Gelegenheit nehmen können, sich über die betr. Vorgänge genauer zu unterrichten und wird dann selbst finden, daß Besürchtungen, daß durch die oben genannten Bestrebungen Arbeitslosigkeit eintritt, vollkommen unbegründet sind, im Gegenteil, wenn wir zufolge billigerer Herstellung im Inland erst wieder erhöhten Absatz für unsere Waren finden, werden alle Kräfte gebraucht werden.

Ablar-Bekanntmachung. Nach dem 18 wöchentlichen Streit hat die hiesige Verwaltungsstelle eine gute Aufwärtswirkung zu verzeichnen...

Die „Ablar-Bekanntmachung“ Sache des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes scheint doch in Wehlar mies zu stehen...

Wie liegen aber diese Dinge? Vorerwähnte „Zuchthausordnung“ (Arbeitsordnung) ist als Entwurf der neuen Arbeitsordnung...

Nach dem Wortlaut dieses Paragraphen hat doch der Arbeiter-Rat angegeben, daß Strafbestimmungen festgelegt werden. Die in...

Dasselbe Ergebnis zeigte auch die öffentliche Versammlung am Sonntag, den 14. August in Wehlar, wo Kollege Buchner zu diesen...

Der sozialistische Artikelschreiber hätte besser mit seiner „Weishheit“ geschwiegen. Oder glaubt derselbe, sich mit den...

Am Montag, den 15. August, fand auch nochmals zur Abwechslung eine...

Veranlassung zu der erwähnten „Machtprobe“ hatte die Entlassung zweier Arbeiter...

Die unter dem Druck der Verhältnisse gegebene Zulage betr. Kramer gilt als nicht abzugeben...

Am selben Nachmittag haben nochmals Verhandlungen in Gießen stattgefunden...

Streits und Lohnbewegungen

Düsseldorf. Ein in diesen Tagen beendeter Teilaustand bei der Firma Dülledorfer Eisen- und Drahtindustrie hat in seinem Verlauf...

geschloffen die Arbeit niedergelegt. Seit dieser Zeit befinden sich die Kollegen im Streit...

Ende Juli änderte sich die Situation dahin, daß angeblich aus Mangel an Bargdahl die Direktoren beabsichtigte, zunächst die weiterverarbeitenden Abteilungen...

In einer Verhandlung mit der Werkleitung zeigte dieselbe in Erledigung der finanziellen Fragen etwas Entgegenkommen...

Alle diese Momente wurden in den Streit- und Belegschafts-Verhandlungen gegen einander abgewogen...

In einer erneuten Verhandlung der Betriebsleitung mit den Organisationen und dem Betriebsrat wurde nochmals versucht...

Ortsberichte

Donauessingen. Hier fanden am 19. August mit dem Verband der Uhrenindustrie, Lohnverhandlungen statt...

Table with 2 columns: 'Für männl. Arbeiter' and 'Für weibl. Arbeiter'. Lists age groups and corresponding numbers of workers.

Insgesamt sind also Mehr-Teuerungszuschläge 1. für die Kollegen von 1 Mark, 85 Pfg., 75 Pfg., 65 Pfg., 45 Pfg. und 35 Pfg., 2. für die Kolleginnen von 80 Pfg., 65 Pfg., 55 Pfg., 50 Pfg., 35 Pfg. und 30 Pfg. herausgeholt worden...

Geldbegehänge bei der Gar.-Kasse im Monat Juli.

Table listing various locations (e.g., Glatbach 8600, Barmen 4000, Donauessingen 221, Berlin 5000, Fulda 4000, Weihen 442.52) and their respective monetary amounts.

Der Kampf

um die christliche Weltanschauung geht auch um die christlichen Gewerkschaften. Holt euer Rüstzeug!

Der erste Band der „Bücher der Arbeit“ „Christentum und soziale Idee“ gibt euch Waffen!

Steif gebunden, 100 Seiten, für unsere Kollegen 5 Mk., Ladenpreis 6,50 Mk. Bezug: Echo-Verlag Duisburg, Musfeldstraße 15 oder Duisburg, Stapelför 17

Tüchtigen, selbständigen Modellschreiner, Gußputzer und Kranführer für Gießereikran stellt sofort ein

A. BEIEN & HERNE Maschinensabrik u. Eisengießerei

Mehrere tüchtige Werkzeugmacher

für Gesenke, Stützen, Schmitte und Vorrichtungen, möglichst unverheiratet, sofort gesucht. Deutsche Werke, Aktiengesellschaft, Werk Lippstadt